

# Von Frieden, Krieg und Superstars

Aktion, Reaktion, Frustration: In Halle traf sich „Die Linke“ zum Parteitag

Kurz vor Schluss herrschte für einen Moment angespannte Erregung in der Messehalle in Halle. Die Lichter waren ausgeschaltet, nur noch ein einzelner Scheinwerfer strahlte das Rednerpult an. Mit dem Einsetzen der dröhnenden Musik brach tosender Jubel aus. Der galt keinem der alten Heroen, nicht Gregor Gysi oder Dietmar Bartsch, sondern dem neuen Superstar der Partei „Die Linke“: Energiegeladene sprang Nam Duy Nguyen auf die Bühne. Bei der Landtagswahl hatte er mit einem beachtlichen Aufwand das Direktmandat für Leipzig geholt, das seiner Partei den Einzug in den sächsischen Landtag sicherte. Nun war es ihm überlassen, die Delegierten des Halleschen Parteitags auf die kommenden Bundestagswahlen einzustimmen. Doch Nguyen, Kind von Vertragsarbeitern aus Vietnam, war nicht nur der Spaßmacher am Parteitag, sondern für viele der Prototyp des erneuerten Linksparteilers. Nahbar, authentisch, Haltung und Teamgeist betonend, gab er sich so, wie „Die Linke“ gerne immer und überall wäre. Dann, so die Überzeugung, könnte die Partei die krachenden Niederlagen bei den zurückliegenden Wahlen überwinden.

In Halle sollte geklärt werden, mit welchen politischen Inhalten und welchem Personal die Wiederauferstehung gelingen kann. Die streitenden Lager in der „Linken“ zeigten dabei durchaus Gespür für die bedrohliche Situation, in der sich die Partei befindet. Identitätspolitische Albernheiten, die in der Vergangenheit ganze Diskussionsblöcke dominieren konnten, blieben ein Rauschen im Hintergrund. Auch das als eines der Hauptthemen angekündigte „Bedingungslose Grundeinkommen“ wurde zügig abgehandelt und mit deutlicher Mehrheit abgelehnt. Nach vorne drängte ein heißes Eisen: die Haltung der „Linken“ zum Krieg.

Das lag auch daran, dass die Linken in der „Linken“ spürbar enger zusammengerückt waren. Aus ihren Reihen kamen die Anträge, die offensiv für eine klare Friedenspolitik und Widerstand gegen den Kriegskurs von NATO und Bundesregierung warben.

„Schluss mit der Kanonen-statt-Butter-Politik!“ forderte die Kommunistische Plattform (KPF) zusammen mit Cuba Sí und der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik. Mehrere Bezirksorganisationen und 202 Parteimitglieder hatten den Antrag unterzeichnet. In der Beschlussvorlage wurde die Gegnerschaft zum deutschen Militarismus erklärt, auf die Millionen durch Militarismus und Faschismus Ermordeten hingewiesen, um daraus eine Politik für die heutige Zeit



Groß war die Freude, dünn war der Inhalt: Ines Schwerdtner und Jan van Aken sollen „Die Linke“ aus der Krise führen. Auf welchem Weg, muss sich noch zeigen.

abzuleiten. Der Parteivorstand wollte den Antrag vollständig entkernen, Verweise auf den deutschen Militarismus ebenso streichen wie auf die 27 Millionen Toten der Sowjetunion. Nur 41 Prozent der Delegierten stimmten für diese Entkernung, die dadurch abgelehnt wurde. Aber auch der Antrag „Schluss mit der Kanonen-statt-Butter-Politik!“ fand keine Mehrheit. Nur 40 Prozent stimmten zu. „Dieses Abstimmungsergebnis ist für uns formal eine Niederlage. Aber die Tatsache, dass nur die Hälfte des Parteitages dem alten Parteivorstand folgte, ist ein politischer Erfolg“, erklärte die KPF am Montag.

## Bewegung und Gegenbewegung

Das Abstimmungsergebnis zeigt beispielhaft, dass es in der „Linken“ keine gemeinsame Haltung zum deutschen Imperialismus gibt. Es zeigt aber auch die Ambivalenz des gesamten Parteitags. Das linke Lager organisiert sich und erreicht dabei Punkte, ohne eine verlässliche Mehrheit hinter sich zu wissen. Kurz vor Parteitagende konnte per Geschäftsordnungsantrag

ein Beschluss zur Unterstützung des Berliner Appells durchgesetzt werden. Auch gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland bezog „Die Linke“ Stellung.

Währenddessen kippt der bisher kursbestimmende Teil der Partei immer stärker ins Lager der NATO-Befürworter. Besonders deutlich wurde dies bei den Diskussionen um den Leitantrag des Parteivorstands. Dort wurde die Hauptherausforderung in der Friedensfrage nicht im Kampf gegen den deutschen Imperialismus oder die NATO verortet, sondern: „Insbesondere der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat ‚Die Linke‘ vor neue Herausforderungen als Partei für Frieden, Entspannung und Abrüstung gestellt.“ Zwar würden auch USA und NATO „eigene geopolitische und strategische Interessen“ verfolgen, aber es wäre „ein Fehler, den Ukraine-Krieg auf seine – unbestreitbare – geopolitische Dimension und damit auf eine rein innerimperialistische Auseinandersetzung (...) zu reduzieren.“ Solche Aussagen verlassen das äquidistante Niemands-

land, in dem sich die Linkspartei seit Jahren tummelt, in eine bedrückende Richtung. Das gilt auch, wenn der NATO-Krieg gegen Russland zum nationalen Befreiungskampf verklärt wird. „Die ukrainische Bevölkerung kämpft um ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung und nimmt das in der UN-Charta verbrieftete Recht auf Selbstverteidigung wahr. Die Linke unterstützt dieses Recht“, hatte der alte Parteivorstand formuliert – das hätte Kriegminister Boris Pistorius (SPD) selbst nicht anders aufgeschrieben.

Trotz umfangreicher Bemühungen gelang es den linken Kräften nicht, grundsätzliche Verbesserungen im Leitantrag durchzusetzen. Mit großem Eifer bemühte sich vor allem Wulf Gallert als Vertreter des Parteivorstands darum, fortschrittliche Änderungen zu verhindern. Den Delegierten schleuderte er dazu Sätze entgegen, wie: „Die russische Aggression ist real!“ Unterstützt wurde er von einer teils rigorosen Parteitagsgregie, die bei kritischen Themen nur wenig Interesse an ernsthaften demokratischen Auseinandersetzungen zeigte.

Gallert, der in Zwischenrufen als „Kriegstreiber“ bezeichnet wurde, wurde erneut in den Parteivorstand gewählt – mit dem besten Stimmresultat in seinem Wahlgang. Aber auch hier gab es eine Gegenbewegung. Mit klaren Statements gegen den Kriegs- und Aufrüstungskurs schafften Naisan Raji, Ulrike Eifler und einige andere linke „Linke“ ebenfalls den Einzug in den Parteivorstand. Sie werden unter schwierigen Bedingungen für eine klare Friedenspolitik kämpfen müssen.

## Hauptfeind im Irgendwo

Unklar bleibt nach diesem Parteitag, wie sich die beiden neuen Bundesvorsitzenden Ines Schwerdtner und Jan van Aken verhalten werden. Schwerdtner sprach sich nach ihrer Wahl gegen das „Bedingungslose Grundeinkommen“ aus, blieb ansonsten aber überraschend dünn in ihren Aussagen. Van Aken bezeichnet sich auf X selbst als „Cheffriedenstaube“, setzt sich aber auch für Sanktionen und damit für Wirtschaftskrieg gegen Russland ein. In Halle blieb er allgemein. Seine erste Rede als Parteivorsitzender widmete er einer Kampagne der Rosa-Luxemburg-Stiftung: „10 Prozent für alle!“ Würden alle Staaten auf der Welt ihre Militärausgaben um 10 Prozent reduzieren, wäre die Welt ein sicherer Ort.

Dem Voluntarismus, der es erlaubt, auf eine konkrete Auseinandersetzung mit der deutschen Kriegspolitik zu verzichten, wird eine moralisierende Analyselosigkeit beiseitegestellt. Denn, hier waren sich Bundesvorsitzende und Parteitagmehrheit einig: Schuld am Krieg ist der Russe. Der Hauptfeind im eigenen Land? Das war einmal: „In der Vergangenheit konnten Linke und Friedensbewegte mit einer klaren Haltung gegen die Politik der NATO und der militärischen Konfrontation des Westens gesellschaftlich wirksam sein. Heute gilt es jedoch, darüber hinaus glaubwürdige Antworten auf Aggressionen und Bestrebungen nicht-westlicher Akteure zu finden (...)“, heißt es im Leitantrag.

Da wundert es dann auch nicht, dass „Die Linke“ sich nicht deutlich zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk durchringen konnte und es mit einem „Kompromissantrag“ vermied, den Völkermord in Gaza beim Namen zu nennen (siehe Artikel unten).

Vincent Czesla und Melina Deymann

UZ-Live-Ticker zum Nachlesen:  
[uzlinks.de/linke24](https://uzlinks.de/linke24)



## Solidarität blieb draußen

„Linke“ weiter ohne klare Haltung zum Völkermord in Gaza

Am Samstag um die Mittagszeit machte sich Unruhe breit auf dem Parteitag der Linkspartei. Gerade hatte die Mehrheit einen Antrag abgelehnt, der sich gegen die Anwendung der IHRA-Definition von Antisemitismus ausgesprochen hatte, die Kritik an Israel mit Antisemitismus gleichsetzt. „Die Linke verweist darauf, dass Antizionismus nicht gleich Antisemitismus ist“, hatte es im Antrag geheißen. Da machte die Nachricht die Runde, dass sich vor der Tür der Messehalle eine Gruppe propalästinensischer Demonstranten versammelt hatte.

Die Aktivistinnen und Aktivisten gehörten zum Teil selbst der Linkspartei an und sie protestierten gegen einen Beschluss, der am Tag zuvor als großer „Kompromiss“ gefeiert worden war. Statt sich klar zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk zu bekennen, hatte „Die Linke“ mit dem Antrag „Deeskalation und Abrüstung in Nahost – für Frieden, Völkerrecht – gegen jeden Rassismus und Antisemitismus“ versucht, alle Lager gleichzeitig einzu-

binden. Das gelang nur durch Schwammi- gkeit und Äquidistanz. „Alle Seiten sind für schwere Kriegsverbrechen verantwortlich“, war da zu lesen. Anstatt den bereits stattfindenden Völkermord Israels in Gaza zu verurteilen, wurden Bemühungen des IGH begrüßt, mit „Eilentscheidungen einen Genozid zu verhindern“.

Vorangegangen war diesem Beschluss eine in Teilen unsägliche Diskussion. Den Aufschlag dafür hatte als letzter Redner in der Generaldebatte, Andreas Büttner, gemacht, seines Zeichens „Antisemitismusbeauftragter“ in Brandenburg. Unwiderrprochen scheinigte er der Hamas, „der Prototyp des eliminatorischen Antisemitismus“ zu sein. Darauf muss man in Deutschland erstmal kommen. Christoph Spehr aus Bremen bezeichnete die Besatzung Palästinas als „Narrativ“ und zeigte sich als Antragssteller voll auf der Linie der deutschen „Staatsräson“. In dem von ihm gestellten Antrag hieß es: „Israel nahm sein Recht auf Selbstverteidi-

gung wahr und begann eine Bodenoffensive zur Befreiung der Geiseln und zur Ergreifung der Täter und Verantwortlichen. (...) Dabei wurden und werden auch zivile Objekte bombardiert, von denen viele seitens der Hamas als Deckung für militärische Stützpunkte benutzt werden.“ Auch Katina Schubert stellte die Kolonialgeschichte auf den Kopf. Der „Terror gegen Israel“ habe „mit der Staatsgründung“ begonnen. „Jetzt kann man sehr lange reden, wer ist jetzt an was schuld“, fuhr sie fort.

Der Rassismus in der „Linken“ sei nicht mehr länger zu ertragen, kündigte ein Parteimitglied gegenüber UZ den Parteiaustritt an. Gerade junge und migrantische Delegierte waren wütend und enttäuscht. Einige schlossen sich dem Protest an, der vor der Tür bleiben musste. Ein Geschäftsordnungsantrag, die Demonstranten reinzulassen, wurde aus „Brandschutzgründen“ abgelehnt. Auch der spätere Versuch, wenigstens eine Delegation zur Diskussion einzuladen, fand keine Mehrheit.

Es „tut weh“, dass von links gegen den Parteitag demonstriert werde, sagte ein Delegierter. Er blieb ungehört. Was die Parteimitglieder drinnen, die sich in zahlreichen Beiträgen auf das Völkerrecht bezogen, verpasst hatten, wurde draußen gesagt: Das Völkerrecht ist linker als die Linkspartei, so eine Sprecherin der Demonstranten.

Aber auch in der Halle kämpften einige linke „Linke“ für Haltung. Dornica Winkler von der BAG Frieden und internationale Politik berief sich in ihrer Ablehnung des Kompromisspapiers ebenfalls auf das Völkerrecht, aber sie wandte es auch an: Es gehe nicht weit genug, nur einen Waffenstillstand zu fordern, ohne das Schicksal der Palästinenser zu benennen – und die Tatsache, dass Israel bereits im Kindergarten darauf vorbereitet werden, den Besatzungsstatus aufrechtzuerhalten. Ein Völkermord ist ein Völkermord, sagte Thies Gleiss von der „Antikapitalistischen Linken“. Das fand auch Christine Buchholz, die erklärte, dass es in dieser

Situation nicht reiche, einen „abgewogenen Antrag“ zu beschließen.

Dass solche Haltungen überhaupt geäußert werden durften, brachte einige Akteure des rechten Parteiflügels auf die Palme. Am Montag nach dem Parteitag trat die sachsen-anhaltinische Landtagsabgeordnete Henriette Quade aus der Partei aus. In ihrem Austrittsschreiben kritisierte sie unter anderem die im Kompromisspapier aufgestellte Forderung, keine Waffen an Israel zu liefern. Für „Die Linke“ könne und wolle sie „nicht mehr sprechen“. Für wen sie demnach spricht, bleibt abzuwarten. Ihr Landtagsmandat nimmt Quade jedenfalls mit. Noch am Sonntag hatte sich Jan van Aken in seiner ersten Rede als Parteivorsitzender mit Quade solidarisiert, die sich von der Demonstration vor der Halle „bedroht“ gefühlt hatte und durch die Hintertür entschwand. Das Ringen um eine Haltung zum Nahen Osten wird weitergehen.

Vincent Czesla und Melina Deymann